

1. BEIM EIN- U. AUSSTEIGEN BITTE BEEILEN...

HEUTZUTAGE SIND IMMER MEHR LEUTE UNZUFRIEDEN MIT SICH UND IHRER UMWELT. STÄNDIG ÄCKERN FÜR NIX U. WIEDER NIX. DAUERND WIRST DU BESCHISSEN UND DIE LUFT WIRD AUCH IMMER SCHLECHTER. IST ES DA VERWUNDERLICH, WENN DER EIN ODER ANDERE DIE FAXEN DICK HAT? HIER SIND EINIGE TIPS, AUF DIE MAN/FRAU BEIM AUSSTEIGEN ACHTEN SOLLTEN....



2. WAS WILLST DU WIRKLICH ?

AUSSTEIGEN ODER
EINSTEIGEN?



3. IST DIE GELEGENHEIT GÜNSTIG ?...

WER AUSSTEIGEN
WILL, SOLL DAS
TUN.....

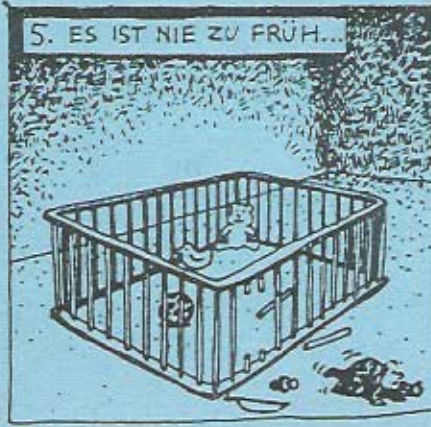


4. HAST DU FREUNDE DENEN DU TRAUEN KANNST ?...

ICH... ÄH... WÜRDE...
...ÄH... GANZ GERNE...
VIELLEICHT... ÄH...
AUSSTEIGEN



5. ES IST NIE ZU FRÜH...





Stk., 28. 10.86

Liebe Netzwerker/-innen,

es ist also wieder so weit. Am Freitag, den 21. November 86 um 20⁰⁰Uhr findet im Kinosaal der Alten Feuerwache die nächste Mitgliedervollversammlung statt, zu der wir Euch alle einladen. (* Natürlich, wie immer bei freiem Eintritt !!) Und so sieht die Tagesordnung aus:

1. Anträge

1.1. Vegetarisches Restaurant "La Giraffe"

Umwandlung des schon erhaltenen Darlehens über 2000 DM in einen Zuschuß

1.2. Schaf- und Ziegenzucht in Schiffweiler (Rainer und Michael Franz) haben aus dem Feuerwehrfonds 600 DM als Darlehen erhalten

1.3. Verein zur Förderung einer Städtepartnerschaft zw. Saarbrücken und Diriamba e.V.

Zuschuß in Höhe von 500 DM aus dem Feuerwehrfonds

1.4. Anti-WAA-Büro

beantragt eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1000 DM

1.5. Wissenschaftsladen Kaiserslautern

Kredit in Höhe von 10.000 DM

1.6. Stadtzeitung

Zuschuß in unbestimmter Höhe

2. Netzwerk intern: ABM-Stelle für Illi Reusch

3. Stand der Verhandlungen zwischen dem AK selbstverwalteter Betriebe und den Ministerien

4. Verschiedenes

Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.

Niederschrift

der Vollversammlung vom 25. Juli 1986 in der Alten Feuerwache

Anwesende: Vergleiche Anwesenheitsliste

Einladung und Tagesordnung: Rundbrief 2/86, S. 2 3

Sitzungsleitung: Günter Grewer

Die Versammlung genehmigt die Tagesordnung.

TOP 1: Anträge

Aktionsgemeinschaft AKW Cattenom

Antrag ist zurückgezogen.

Kino in der Feuerwache

Aus dem Feuerwehffonds (FuF) wurden DM 500 aus Dringlichkeit als Darlehen gezahlt, da zwar eine ABM-Stelle, aber keine laufenden Mittel vorhanden sind. Der Antrag auf ein Darlehen über DM 1000 wird von Siggli nach Prüfung befürwortet, wie Rolf berichtet. Diskutiert wird, ob DM 500 Zuschuß sein sollen, falls der Verein nicht mehr als DM 500 Zuschüsse aus anderen Quellen erhält. Dem Antrag, DM 1000 zu genehmigen und am Jahresende zu entscheiden, ob Zuschuß oder Darlehen, wird einstimmig ohne Enthaltungen zugestimmt.

Ökologisches Bildungswerk

Aus dem FuF sind bereits DM 1000 als Darlehen zur Vorausfinanzierung eines Rockfestivals - Bestandteil einer umfangreicheren Seminarveranstaltung - gezahlt worden, die nur insoweit in Anspruch genommen werden sollten, wie am Ende nicht andere Einnahmen die Kosten des Festivals gedeckt hätten. Für die Mittel besteht voraussichtlich kein Bedarf, da das Festival erfolgreich war.

Überziehung des Feuerwehffonds wird genehmigt.

Alteninitiative Malstatt

Antrag und Abstimmung werden vertagt, bis Projekt angelaufen.

Blattlaus

Betrieb, Einrichtung und Bücher sind geprüft und für gut befunden worden. Der ursprüngliche Antrag bezog sich auf die Vorfinanzierung des Einkaufs großer Mengen Papier aus Rabattgründen sowie die Anschaffung

sowie die Anschaffung einer Papierschneidemaschine; diese wurde inzwischen vom Ökofonds bezuschußt. Eine längere Debatte entsteht über Antragssumme, Aufteilung in Darlehen oder Zuschuß. Die Meinung wird vertreten (Sigg), Umlaufvermögen dürfe nicht bezuschußt werden; Gegenargument: Der Betrag ist ständig vorzuhalten. Außerdem: Sind Nw-Kriterien erfüllt? Antwort zustimmend, aber Auflage der Überarbeitung der Satzung. Ist Nützlichkeits gegeben, wo schon so Viele mit Papier etc. handeln? Antwort positiv, Vernetzung betont, Nw wird auch Kunde.

Unter Bedingung der Sicherheitsleistung und einer ins Auge gefaßten Rückzahlweise von DM 100 ab August 1987 wird nach vielen Versuchen der Antrag angenommen (12 ja, 5 nein, 2 Enthaltungen), DM 2500 als Darlehen, DM 1000 als Zuschuß zu zahlen.

Bürgschafts-Feuerwehrfonds DM 5000

wird zusammen diskutiert mit Regionale Kreditvermittlung (und anderem ...) Rolf erläutert, daß die Bitte im Rundbrief um private Kreditangebote wenig Resonanz gefunden habe, bis heute nur zwei Kreditvermittlungen mit fünf Kreditgebern. Entscheidend sei ein sehr hohes Sicherheitsbedürfnis sowie die mit dem Instrument der Sicherheitsüberweisung verbundene Problematik. Beantragt wird, daß die AG Vorstand für den Fall, daß Betriebe keine Bürgschaften mehr leisten könnten, Netzwerk bis zur Höhe von DM 5000 Bürgschaften übernehmen und dafür Sicherheitsleistungen entgegennehmen solle. Nach Diskussion herrscht Meinung vor, daß Bürgschaftserklärungen bis DM 5000 unproblematisch seien; begrüßt wurde die Erweiterung von Rolfs Handlungsspielraum. Die Gremien haben jeweils zu entscheiden, nach Erschöpfung ^(des Spielraums) ist über das ganze Verfahren neu zu entscheiden. Die Entscheidung fällt einstimmig ohne Enthaltung für den Bürgschaftsfonds.

Bezüglich der Abwicklung wird noch einmal die zumindest formal gegebene Begrenzung von Rolfs Stelle auf ein Jahr diskutiert und auf eine beabsichtigte neue Stelle für Illi verwiesen (siehe unten).

TOP 2:

Kurzbericht Kassenprüfer: Bericht liegt schriftlich vor (Rundbrief), Prüfer nicht anwesend. Der Wunsch nach anschaulichem Zahlenmaterial wird laut, soll der Abschlußbericht bringen.

Ramstein (Nachtrag Anträge)

Stephan berichtet und beantragt einen Zuschuß über DM 600 für Flugblätter und Plakate. Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt mit der Maßgabe, daß der Zuschuß insoweit zurückgezahlt wird, wie er - wegen eines Antrags bei den Grünen beispielsweise - nicht benötigt wird. (Die DFG/VK hat DM 100 zugeschossen.)

Zweite ABM-Stelle

Illl ist interessiert, die Aussichten werden als günstig bewertet. Die Stelle muß noch beantragt werden, also nicht sofort zu erwarten. Hauptaufgabe soll die Vernetzungsarbeit werden, zum Beispiel eine Info-Börse über sämtliche Projekte in der Region, Kontakte, Berichte, Kartellen mit Spezialitäten in den verschiedenen Betrieben. Nach übereinstimmender Erfahrung ist Netzwerk im Saarland recht wenig bekannt und verbreitet. Beispielsweise ist bessere Öffentlichkeitsarbeit erforderlich, ebenso sollte der kulturelle Bereich aktiver gepflegt werden.

TOP 4: Verschiedenes

Im Lauf der Versammlung erklärten anwesende Vertreter der Öko-Bank-Initiative, sie wollten mit NW Kontakte aufnehmen, zwecks möglicher Zusammenarbeit und Vermeidung von Konkurrenz. Auf einer der nächsten Gremiensitzungen soll eine Vorklärung stattfinden.

F.d.R.d. Niederschrift: gez. Hannes Hahn

Nachtrag Protokoll (TOP 3)

Arbeitskreis der selbstbestimmten Betriebe

Die Verhandlungen zwischen der interministeriellen Arbeitsgruppe und dem Arbeitskreis der selbstbestimmten Betriebe ueber die Beteiligungsgesellschaft "Wirtschaftswunder GmbH" ziehen sich in die Laenge. Nachdem bisher zwei Verhandlungsrunden im Wirtschaftsministerium stattgefunden haben, zeigt sich, dass besonders das Wirtschaftsministerium und das Finanzministerium eine weitgehend "selbstverwaltete" Beteiligungsgesellschaft zu verhindern suchen. Wenn es interessiert, der kann den Stand der Auseinandersetzungen in den Sitzungsprotokollen und den inzwischen erarbeiteten Gutachten im Netzwerk-Buero nachlesen.

Der Stil der Verhandlungen mit dem Vertreter des WiMi - zoegerlich, schleppend, taktierend - hat bei uns die Einsicht wachsen lassen, dass die Wirtschaftswunder GmbH uns wohl auch noch 1987 beschaeftigen wird, zumal durchgesickert ist, dass das WiMi und das AMi auch naechstes Jahr Haushaltsansaeetze fuer selbstverwaltete Projekte einsetzen wollen (um gleiches bemuehen wir uns z.Zt. beim Kultus- und Umweltministerium).

Der Arbeitskreis hat deshalb mit dem Arbeits- und Kultusministerium Regelungen getroffen, die eine Mittelvergabe fuer 1986 sicherstellen - ohne dass damit ein Praejudiz fuer die weiteren Verhandlungen einhergeht. Gerade die kulturellen und sozialen Projekte sind auf die bereits in Aussicht gestellten Zuschuesse in Hoehe von ueber 100.000 DM dringend angewiesen, da sie sich nicht dauerhaft aus eigener Kraft wie die gewerblichen Betriebe tragen koennen. Die Regelungen sehen wie folgt aus:

Das Arbeits- und Sozialministerium bedient alle Antraege des Sammelantrages, und setzt Netzwerk Saar e.V. als Zuwendungsempfaenger ein. Netzwerk gibt die Mittel dann an "Dritte", d.h. die Projekte weiter. Die Regelung ist durch Paragraph 44, Ziffer 12 der Landeshaushaltsordnung gedeckt.



Das Kultusministerium wuerdigt in einem schriftlichen Bescheid die Vermittlungs- und Beraterrolle von Netzwerk, im Unterschied zum Sozialministerium werden die Gelder hier aber direkt an die Projekte ausgezahlt (dies erkluert sich aus der Tatsache, dass das KuMi ueber keinen eigenen Haushaltstitel fuer selbstverwaltete Projekte verfuegt; die Vergabe von Toto-Geldern wie in diesem Fall laesst keine fortschrittlichere Loesung zu).

Mit dem Wirtschaftsministerium wollen wir z.Zt. keine "Zwischenloesung" eingehen. Hier willigen wir erst ein, wenn die Wirtschaftswunder GmbH realisiert ist.

"Das Ziel lag in weiter Ferne,
wenngleich deutlich sichtbar" (B.Brecht)

Ob das (noch) stimmt oder ueberhaupt je stimmte, das mit dem Ziel - ich weiß es nicht. Ich mache es mir zunuechst einmal einmal einfach und behaupte in verkuerzter Form: das wird die Praxis erweisen! Wir werden es spaeter an den Verformungen der beteiligten Individuen und Organisationen goutieren koennen.

Doch worum geht es? - Um Vermittlung. Darauf folgt hoffentlich die Kontroverse.

In den letzten Rundbriefen und Mitgliederversammlungen ist schon angesprochen, daB Netzwerk zur Zeit rapiden (von den Beteiligten gewollten) Wandlungen unterworfen ist: mit Rolf als kaufmaennischem Berater haben wir seit fast einem halben Jahr einen Hauptamtlichen, der fuer vorerst 1 Jahr aus Töpfen des Arbeitsministeriums finanziert wird. Die Bemuehungen um die Geschlechterparitaet wahrende zweite Hauptamtliche (ueber ABM) werden kurz vor der VV beschieden sein.

Die auf Initiative von Netzwerk /Abteilung AK der selbstbestimmten betriebe) losgetretenen Verhandlungen mit dem Land (namentlich WiMin, Arbeits- und KultusMin), mit dem Ziel, die strukturelle Benachteiligung der Selbstverwalteten zu beseitigen und gleichermaeßen durch Schaffung eines Lebensbereiche synthetisierenden Verfahrens den Versuch praktischer Reformansatze wieder zu beleben, haben zuerst zum Ausweis bestimmter Haushaltstitel im Jahr 1986 gefuehrt. Nachdem sich die Verhandlungen ueber das Jahr zäh bis borniert hinzogen, scheint jetzt die Zeit gekommen, sich ernster mit unserem Vorschlag einer Beteiligungsgesellschaft "Wirtschaftswunder" auseinanderzusetzen. Bei dieser Gesellschaft schwebt uns vor, daB sie zum einen mit dem Ressortdenken bricht, indem sie Mittel aus verschiedenen Quellen sammelt (Fonds), um sie nach einheitlichem Verfahren an soziale, kulturelle und wirtschaftliche Projekte des Selbstverwaltungsbereiches zu vergeben. Das Instrumentarium soll sich von Beteiligungen, Krediten, Zuschüssen ueber Haftungsfragen bis hin zu Beratungen erstrecken. Hier kann es sich nur um einen verpflichtenden und von allgemeiner gesellschaftlicher Verantwortung getragenen Deal mit der Landesregierung handeln, der die gewohnte und weiter zu entwickelnde Netzwerk-Arbeit keineswegs verabschiedet.

Zum anderen schwebt uns vor, die Gesellschaft als Vehikel fuer Einübung in Beteiligten-Demokratie zu nutzen. D.h. sie wird von dem bei ihr eingebrachten Sachverstand gesellschaftlich organisierter Individuen und Gruppen

leben. Konkreter: es werden aus dem Sozialbereich, dem Kulturbereich, dem Umwelt- und Wirtschaftsbereich kenntnisreiche Leute gebraucht, die bereit sind, die Anträge und Ansinnen und Absichten von Projekten solidarisch zu prüfen und zu entscheiden. Die jetzigen Netzwerk-Gremien können diese Arbeit nicht übernehmen, wenngleich sie sie unterstützen oder auch mit Personen beschicken werden.

Interessierte mögen sich schon mal in die bei Netzwerk ausliegende Expertenliste eintragen lassen - und vor allem mitarbeiten!

In Zusammenhang mit dieser Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft, jedoch auch mit anderen Absichten belegt, ist ein weiteres Ansinnen zu sehen, welches uns vom Arbeits- und Sozialministerium offeriert wurde. Demnach ist beabsichtigt, Netzwerk über dieses Ministerium **institutionell** zu fördern. Im Schwange sind die Gewährung von 1,5 Stellen (eine davon ist die Stelle von Rolf) und von jährlichen Sachmitteln in Höhe von DM 35.000, bei einem Eigenanteil von 10-20% für die Gesamtförderung. Damit verbunden wären gewisse Aufgaben. Anträge ans Sozialministerium, die aus dem Selbstverwaltungsbereich kommen, würden prüfungs- und belegmäßig über NW abgewickelt und vom Min. beschieden. Für diese organisatorischen Arbeiten, deren Aufwand man nicht unterschätzen soll, würde die weitere halbe Stelle dienen, und ein Großteil des Sachmittelzuschusses. Das Verfahren kann später, wenn die Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft installiert sein sollte, an diese übergehen. Daher, so unsere bisherige Diskussion, sollte bereits jetzt ein weiterer sachverständiger Beirat - der **Wohlfahrtsausschuß** - neben dem NW-Beirat installiert werden, um die nötige solidarische Abstimmung zu gewährleisten; und um verfahrensmäßig bereits das einzuüben, was wir bei der Beteiligungs- und Beratungsgesellschaft praktizieren wollen.

Gegen einzelne oder alle Bestandteile werden Bedenken vorgebracht. Wird der Netzwerk-Ansatz dadurch nicht verabschiedet? Werden wir instrumentalisiert für Dinge, die wir nicht woll(t)en? Erhalten wir damit nicht eine Pufferfunktion (die Funktion zwischen den Stühlen) zugewiesen? Gibt es Möglichkeiten zwischen Bewegung und Anpassung? Können wir uns die Souveränität bewahren, bei falscher Entwicklung und bei unanständigen Ansinnen, einen einmal eingeschlagenen Weg mit all seiner Dynamik abubrechen, obwohl es nicht mehr so sein wird wie vorher? Schaffen wir dies, wenn neben Eitelkeiten auch Existenzen auf dem Spiel stehen?

Über all dies sollten die Mitglieder und wir in eine kontroverse und öffentliche Debatte eintreten!

-hgg-



①

Ökologie und Gesundheit
Gaststätte e.G.i.Gr.

6600 Saarbrücken, den 07.08.1986
Kercherstraße 15

Betrifft: Euer Kredit an uns über DM 2.000,-

Liebe Kollegen /-innen vom Netzwerk,

wir hatten Euch am 24.07.1986 geschrieben und zu unserer Generalversammlung am 29.07.1986 eingeladen. Werner Becker war anwesend und hat u. a. Eure Interessen als Kreditgeber vertreten.

Ziel der Versammlung war ein außergerichtlicher Vergleich mit unseren Warenlieferanten und dem Steuerberater.

Wir haben uns wie folgt geeinigt:

- 1.) Die Geschäftskredite von der Ringelblume in Höhe von DM 1.000,- und DM 500,- von der Bäckerei Olk werden in verlorene Zuschüsse umgewandelt.
- 2.) Die Warenkredite in Höhe von rd. DM 7.000,- werden mit einer Quote von 50 % bis Ende September 1986 bezahlt. U. a. hatte die Ringelblume Forderungen über DM 3.880,- aus Lieferungen, die zum Selbstkostenpreis! zuzüglich 7 % Bearbeitungsgebühr verrechnet wurden. Wir haben aus Gründen vereinfachter Rechnung die beiden Kreditarten zusammengezogen und darauf die Quote von 40 % umgerechnet.

Auf jeden der 33 Anteile entfällt daraus eine Nachschulpflicht von DM 102,-. Mehrere der 20 Beteiligten haben bereits angekündigt, diesen Betrag nicht zu zahlen. Außerdem werden wir die DM 2.000,- noch nicht eingezahlte Genossenschaftsanteile nur zu einem geringen Teil noch erhalten. Diese ausfallenden Beträge werden also die übrigen zahlen müssen. (Hier wäre uns eine Beratung vom Netzwerk und Zukunftswerkstatt sehr nützlich,

wie wir diese Angelegenheit ohne Rechtsbehelfe-vom Mahnbescheid über Gerichtsverfahren bis zum Offenbarungseid-zufriedenstellend lösen können).

Per Saldo ergibt sich aus dem gescheiterten Projekt nach heutigem Stand folgende Verlustsituation:

- 1.) Die privat eingezahlten 14.500,- DM sind verloren, d.h., jeder der eingezahlt hat, hat mindestens 500,- DM verloren.
- 2.) Hinzu kommen bereits je Anteil 102,- DM.
- 3.) Der Ökofonds sowie die privaten Kreditgeber hatten auf eine Rückzahlung der 5.000,- bzw. 1.500,- DM Kredite verzichtet.
- 4.) Es stehen noch Forderungen über rd. 12.500,- DM einschließlich Eures Kredites an. Diese Forderungen steigen ab September monatlich um rd. 2.000,- DM aus nicht gezahlter Miete.

Bei derzeitigem Bestand entfallen also auf jeden Anteil nochmals 380,- DM, zusammen sind dies mit den bereits aufgelaufenen Verlusten rd. 1.000,- DM pro Anteil mit steigender Tendenz (Drei Genossen haben je 2 Anteile, einer hat 10 Anteile).

Es ist keine Frage, daß wir bei erfolgreichem Verlauf des Projekts den Kredit getilgt hätten. Wir haben nun aber die Hoffnung, daß sich das Netzwerk in gleicher Weise an den Verlusten beteiligen wird wie die Mitglieder dies tun müssen bzw. sollten, wie der Ökofonds und wie die genannten Gläubiger.

Die Generalsversammlung war fest einhellig der Meinung, daß auch das Netzwerk deshalb den Kredit in einen verlorenen Zuschuß verwandeln soll. Werner Becker hat eine 30 %-Quote angeboten, daher käme es zu einer Rückzahlung von 600,- DM, wobei auf jeden Anteil rd. 18,- DM entfallen würden. Sicherlich ist dieser Betrag für sich genommen nicht sehr hoch, jedoch kommt er zu einem bereits sehr hohen Betrag noch hinzu.

[Wir beantragen deshalb die Umwandlung Eures Kredites in einen verlorenen Zuschuß. Bernd Schneider will diesen Antrag auf der nächsten Vollversammlung stellen und vertreten.

Damit wir uns auf die weitere Entwicklung besser einrichten können, bitten wir Euch, bis zu einer endgültigen Regelung uns

Eure Vorstellungen hierzu auch schriftlich mitzuteilen. Ebenso wichtig wären uns die gewünschten Ratschläge von Euch über grundsätzliche Abwicklungsfragen im Zusammenhang mit dem Scheitern solcher Initiativen. Hier müßte auf Dauer eine Bürgschaftsregelung (auch für BGB-Gesellschaften) gefunden werden.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Pohl

(Armin Pohl)

für die Genossenschaft i. Gr.



②

RAINER U. MICHAEL FRANZ

6685 SCHIFFWILDER, 18.10.86

GASSTASSE 1 A

TELEFON 06821/ 690941

Antrag auf Zuschuß bzw. Darlehen für den Wiederaufbau unseres Schaf- u. Ziegenhofes

Hallo liebe Leute!

Am Montag, 13.10.86 fiel unser Stall plus Gerätschaften einer Brandstiftung zum Opfer.

Jetzt, zu einem Zeitpunkt, als wir gerade "Land sahen" und uns intensiv auf den Winter vorbereiten müssen, legte ein böser Mensch unser bisheriges Werk in Schutt und Asche.

Der Schaden beläuft sich auf ca. DM 15.000,- (laut Schätzung der Kripo). Die Viehscheune, unser gesamtes Werkzeug und neu eingekauftes Baumaterial sind vernichtet. Um für die Ziegen und Schafe eine Winterunterkunft zu bauen, benötigen wir dringend mindestens DM 3.500,-; für notwendige Ausrüstung noch einmal DM 2.500,-.

PROJEKT BESCHREIBUNG:

Schafs- u. Ziegenhaltung auf z.Zt. 4 ha Gelände (davon ca. 2 ha eigener Besitz), mit 13 Schafen und 7 Ziegen.

Angestrebt ist eine Größe von 30 Schafen und 20 Ziegen auf 6 ha Gelände. Diese Größe wollen wir bis Ende '87 durch eigene Zucht und Tausch, bzw. Zukauf erreicht haben.

Der Hof soll mindestens zwei Menschen als Erwerbsquelle dienen. Je nach der Rentabilität wollen wir uns dann um weitere Menschen, die Interesse am Aufbau selbstverwalteter Arbeitsplätze haben, bemühen. Zur Zeit beginnen wir mit anderen Kleinbetrieben in gegenseitiger Selbsthilfe zu kooperieren.

Wir wollen unsere Milch, Milchprodukte und Wolle an die unmittelbaren Verbraucher verkaufen. Das bringt zu einem höheren Preis und was uns genauso wichtig ist, den direkten Kontakt zu den Menschen, die von unserem Erwirtschaftetem essen.

Bei der Produktion wollen wir uns an den Richtlinien von "bioland", später vielleicht auch "demeter" ausrichten.

Durch den Brand sind unsere finanziellen Mittel weitgehend erschöpft. Der Aufbau des alten Stalls hat etwa 6 Wochen mit 4 Leuten in Anspruch genommen. Der Neuaufbau wird etwa genau so lange dauern, deswegen ist es für uns sehr wichtig so früh wie möglich an Geld zu kommen. Die Tiere müssen bei Winter einbruch in einem zugfreien Stall stehen.

Anbei erhaltet ihr einen Überblick über unsere wirtschaftliche Situation und die Perspektiven unseres Betriebes.

Mit grün-alternativen Grüßen

Rainer + Michael

Michael Franz



Ökonomische Grundlagen und Perspektiven

Werte bis dato:

Kleinbus Fiat	DM 3.000,--
Traktor u. Heuwender	DM 4.000,--
Weidezaun	DM 1.500,--
20 Tiere	DM 5.500,--
	<u>DM 14.000,--</u>

Diese Anschaffungen plus Scheune+Material haben unsere gesamten Ersparnisse in Anspruch genommen. Ein Teil DM 3.500,-- wurde über einen Bankkredit finanziert der z. Zt. noch in voller Höhe besteht.

Einnahmen und Ausgaben pro Jahr bei der angestrebten Größe:

je Schaf/Ziege/ Jahr	ca. 600 l Milch
./. Aufzucht Jungtiere	200 l Milch
	<u>400 l Milch x 50 x DM 1,30 (Mindestpreis)=</u>
	DM 26.000,--

Bei dieser Rechnung gehen wir nur von der Rohmilch aus. Bei weiterer Veredelung kann ein entsprechend höherer Preis erzielt werden. Durch den Verkauf von Lämmern werden wir jährlich einen Ertrag von ca. DM 9.000,-- erwirtschaften können.

Gesamteinnahmen pro Jahr DM 35.000,--

Dem stehen gegenüber folgende Ausgaben.

Berufsgenossenschaft	500,-- DM
Pachtzins	1.000,-- DM
Tierarzt	1.600,-- DM (Erfahrungswert, hoch angesetzt)
eventuell Futterzukauf	3.000,-- DM
unwägbar Risiken	6.000,-- DM (Krankheit, Reparaturen etc.)
Ausgaben pro Jahr	<u>12.100,-- DM</u>

Bei diesem Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben wäre ein Überschuss von DM 22.900,-- realisierbar. In unserer Rechnung haben wir die Einnahmen möglichst niedrig und die Ausgaben entsprechend großzügig kalkuliert.

Den Vertrieb mit entsprechender Werbung werden wir gemeinsam mit einem Betrieb in Ottweiler organisieren. Deshalb können wir z.Zt. noch keine genauen Kosten für Flugblätter, Annoncen etc ansetzen. Ebenfalls nicht enthalten sind die Aufwendungen und Erträge für einen weiteren Ausbau (z.B. Spinnrad), den wir falls möglich im Jahr 1987 beabsichtigen.

Michael Furrer



③

Netzwerk
z.Hd.v. Rolf Lauer mann

Riegelsberg, den 20.8.86

Liebe Freundinnen,
liebe Freunde,

am 4. Oktober 1986 fliegen 5 Mitglieder des Vereins zur Förderung einer Städtepartnerschaft Saabrücken-Diriamba mit einer Gruppe aus Mainz nach Diriamba, um dort einen Kinderspielplatz zu bauen. Das Projekt wird von der Stadtverwaltung in Diriamba gewünscht.

Die Gruppe benötigt dringend Hämmer, Nägel, Schrauben, Sägen usw. und auch Geld, um in Diriamba das notwendige Material (Holz) kaufen zu können.

Wir rechnen mit Eurer Solidarität.

Nicaragua debe sobrevivir

mit solidarischem Gruß

Riegelsberg

Elisabeth Schlicker
Knappenstr. 12
6601 Riegelsberg
Telef. 06806 3409

Für Spenden mit Spendenquittung

Stadtsparkasse Sbr.

BLZ 590 501 01
Kto.Nr. 812 32

Verwendungszweck

Verein zur Förderung einer
Städtepartnerschaft
Sbr.-Diriamba
Anna Seghers Brigade 1986

ohne Spendenquittung

Sparkonto

Hilfe für Diriamba
Nicaragua
Sparkasse Sbr.
Kto.Nr. 400-661678

④

28.09.86

ANTI WAA BÜRO SAAR
Alte Feuerwache, Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken

Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V.
Rothenbergstraße 33
6600 Saarbrücken



betrifft: Antrag auf finanzielle Unterstützung / Zuschuß

Sehr geehrte Damen und Herren! *Liebe Leute!*

Wir möchten Sie mit diesem Antrag um eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 1000,- DM für das ANTI WAA BÜRO bitten.

Wir (bis jetzt 2 Frauen, 2 Männer) haben im August das ANTI WAA BÜRO SAAR gegründet; nachdem wir uns schon seit längerer Zeit mit den Themen der Anti AKW Bewegung, besonders der WAA Problematik, auseinandersetzen, haben wir im Schatten von Tschernobyl und den eskalierenden Geschehnissen in Wackersdorf (und anderen Orten) die Notwendigkeit eines solchen Büros hier im Saarland gesehen, das der Anti AKW-/Friedensbewegung sowie allen Interessierten durch Öffentlichkeits- und Organisationsarbeit nützen soll.

Das Büro befindet sich in der alten Feuerwache (wir teilen den Raum mit der DFG/VK und dem Regionalen Friedensbüro) und ist Montags und Donnerstags von 17 - 20 Uhr als Anlaufstelle für alle Interessierten geöffnet. Darüber hinaus investieren wir aber weitaus mehr Zeit und versuchen (arbeitsteilend oder als Gruppe) den Aufgaben eines solchen Büros gerecht zu werden. Unser Konzept ist es, durch das Büro gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, um den Themenkomplex Wiederaufbereitungsanlage und alle damit verbundenen Aspekte im Saarland (bzw. den angrenzenden Regionen) besser publik zu machen.

Die Reaktionen auf die Katastrophe von Tschernobyl haben gezeigt, daß es ein großes Informationsbedürfnis in diesem Bereich gibt. Deshalb wollen wir durch Info- und Bücherstände, Veranstaltungen, Flugblattaktionen etc. öffentlichkeitswirksam arbeiten und zudem für zentrale/dezentrale Aktionen mobilisieren.

Wir wollen von der Bürogruppe aus (bzw. auch in Zusammenarbeit mit regionalen Gruppen) selbst Informationsmaterial (in Form von Broschüren,Referaten, Diaserien) ausarbeiten und zielen darauf hin, daß wir Veranstaltungen anbieten können, bei denen wir Videofilme und Dias zeigen und Informationen zu einzelnen Themen (wie z.B. WAA Technik, militärische Nutzung der Kernenergie, Reaktortypen, Energiepolitik, Demonstrationsstrafrecht, Polizeibewaffnung etc.) geben.

Unser Schwerpunkt liegt zwar bei dem Themenbereich WAA, wir versuchen aber, möglichst viele Themen der Anti AKW-/Friedensbewegung bzw. regionale Schwerpunkte (wie z.B. Cattenom) miteinzubeziehen.

Bis jetzt haben wir am Aufbau des Büros gearbeitet: verschiedene Broschüren, Zeitungen usw. für Infostände zusammengestellt, Presseberichte u.a. archiviert, angefangen, das Büro publik zu machen und Kontakte zum Infobüro Freies Wackerland und zu anderen Gruppe hergestellt. Wir haben bisher 2 Infostände organisiert, weitere Termine sind schon geplant. In nächster Zeit wollen wir - wenn sich die Aufbauarbeit etwas gelegt hat - an die inhaltliche Vorbereitung von Informationsmaterial und Veranstaltungen gehen.

Unsere finanzielle Situation: Wir sind 3 Studenten und 1 Arbeiter und unsere finanziellen Mittel sind ziemlich begrenzt; bisher haben wir alle Ausgaben aus eigener Tasche bezahlt, da es uns ein wichtiges Anliegen war, das Büro so bald wie möglich anlaufen zu lassen. Doch langfristig können wir das Büro ohne Unterstützung nicht betreiben, da viele Kosten anfallen: Unter die laufenden Kosten fallen Telefon, Porto, Abos (Wackerland News, Radi Aktiv, atom) und Büromaterial; dazu kommen Mehrausgaben für Infomaterial (allein der Videofilm kostet 200,-) Flugblätter, Plakate, sowie - wenn möglich - Unterstützung für Wackeredorf (z.B. Rechtshilfefond, autonomer Sanitätsdienst, Infobüro etc.). Wir werden in absehbarer Zeit kein Geld einnehmen, Geld, das wir über den Broschürenverkauf erhalten, wollen wir zu gleichen Teilen für unser Büro sowie für Spenden verwenden.

Wir beantragen eine Summe von 1000,- DM (wir stellen auch beim Ökofond einen Antrag) Wir freuen uns über jede finanzielle Unterstützung, die uns bei der Umsetzung unserer Vorhaben hilft.

Wir sind bei Bedarf gerne bereit, mit Euch über unsere Arbeit zu reden.

mit freundlichen Grüßen

Bent von Capowitz

5

-16-

W I L A K L



WISSENSCHAFTSLADEN KAISERSLAUTERN e.V.
Kolpingplatz 1, Postfach 2934, 6750 Kaiserslautern

Kaiserslautern, 1.8.1986

betr.: Antrag auf Gewährung eines Zuschusses und eines Kredits
für die Einrichtung einer Strahlenschutz-Meßstelle.

Liebe Leute,

der Wissenschaftsladen Kaiserslautern e.V. plant die Einrichtung
einer Strahlenschutz-Meßstelle (s. beiliegenden Antrag).

Aufgrund der hohen Kosten für die hierzu notwendigen Geräte (je
nach Ausstattung zw. DM 40 000 - 75 000) sind wir auf finanzielle
Hilfe von engagierten Personen und Organisationen angewiesen.
Zur Zeit sind uns von verschiedenen Unterstützern bereits etwa
15 000 DM als Spende verbindlich zugesagt.

Angesichts der noch über viele Jahre hinaus vorhandenen radio-
aktiven Belastung und der daraus resultierenden gesundheitlichen
Gefahren durch den Unfall in Tschernobyl sowie in Anbetracht der
politischen Bedeutung des Themas Radioaktivität (noch nie wurde
die Ausstiegssdiskussion auf solch breiter Ebene geführt), ist
die Einrichtung einer solchen Meßstelle unbedingt notwendig.
Die vom Wissenschaftsladen Kaiserslautern eingerichtete Meßstel-
le wäre zudem die erste und einzige unabhängige Einrichtung
dieser Art im gesamten südwestdeutschen Raum (Rheinland-Pfalz
und Saarland).

Wir beantragen deshalb hiermit eine einmalige Zuwendung in unbestimmter Höhe (je nach den Möglichkeiten von Netzwerk) sowie einen Kredit von

DM 10 000.-

für den Kauf der Strahlenmeßgeräte und die Einrichtung des
Labors.

Eine schnelle Entscheidung über diesen Antrag läge nicht nur in
unserem Sinne, sondern würde auch dem Bedürfnis vieler verunsicherter
Bürger nachkommen, die rasche Klarheit über die Belastung ihrer
Nahrungsmittel haben möchten.

Selbstverständlich stellen wir unsere Ergebnisse den lokalen
Anti-AKW-Gruppen für die politische Auseinandersetzung zur Verfügung.

Durch die Eingliederung des Wissenschaftsladen KL in die
Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF) ist
die überregionale Verwertung unserer Meßergebnisse gewährleistet.

Nähere Erläuterungen zur Planung:

Da damit zu rechnen ist, daß die für eine optimale Ausstattung
notwendige Summe nicht innerhalb der nächsten zwei Monate zur
Verfügung steht, eine baldige Aufnahme der Messungen im Interesse
aller Verbraucher aber wünschenswert wäre, planen wir zunächst die
Anschaffung eines Natrium-Jodid-Detektors. Diese Detektorart reduziert
den Gesamtpreis auf etwas mehr als die Hälfte (Preis für NaJ-Detektor:
6000.-DM). Sie hat jedoch den

Nachteil eines geringeren Auflösungsvermögens (ca. 8%). Dadurch ergibt sich eine sehr viel aufwendigere Auswertung. Da die zur Zeit relevanten Isotope jedoch bekannt sind, genügt dieser Detektor den gegenwärtigen Anforderungen. Sobald durch weitere Spenden bzw durch den Ertrag aus den Messungen genügend Geld eingegangen ist, wird ein Reinst-Germanium-Kristall angeschafft. Dieser Detektor kann mit der gleichen Nachfolge-Elektronik betrieben werden, es ergeben sich also außer dem Anschaffungspreis (ca. 35 000.- DM) keine weiteren Kosten. Voraussichtlich kann die Meßstelle Anfang September, spätestens jedoch Ende September dieses Jahres ihre Tätigkeit aufnehmen.

Der Finanzierungsplan für die entstehenden Kosten sieht folgendermaßen aus:

Die Meßstelle wird durch die Messungen kontinuierliche Erträge erwirtschaften. Bei einer Meßzeit von 1 Stunde pro Probe, können im Durchschnitt 6 Messungen pro Tag durchgeführt werden. Das sind im Monat ca 130 Messungen (bei Fünf-Tage-Woche). Von diesen 130 Messungen sind (mindestens) die Hälfte bezahlte Auftragsmessungen, die andere Hälfte Messungen im Rahmen eines systematischen Meßprogramms der AGÖF. Da hierüber zur Zeit keine Kostenrechnung angestellt werden kann, beschränken wir uns auf die Auftragsmessungen. Bei einem Preis von 70.-DM/Probe werden also im Monat $65 \times 70.- = 4550.-$ DM an Einnahmen zu verzeichnen sein. Zieht man für laufende Kosten (Telefon, Büromaterial, Laborgerät - Personalkosten sowie Kosten für Labormiete entfallen) ab, dann ist die Meßstelle in 9-10 Monaten abbezahlt. Selbst bei einem Rückgang der Nachfrage im Laufe des nächsten Jahres dürften die Kosten in einem Jahr eingespielt sein. Bei guter Auftragslage und weiterhin eingehenden Spenden ist Anfang nächsten Jahres mit der Anschaffung eines Reinst-Germanium-Detektors zu rechnen.

Als Sicherheit für den Kredit ist unserer Meinung nach das Meßgerät selbst ausreichend.

Falls Ihr noch Fragen habt, sind wir gern zu weiteren schriftlichen oder mündlichen Auskünften bereit.

Viele Grüße

Hans-Werner Greß

(Hans-Werner Greß)



1. Die aufgrund der radioaktiven Niederschläge bei uns aufgetretenen radioaktiven Isotope werden teilweise über Jahre hinaus in unserer Umwelt bleiben. Gefährlicher noch als die dadurch erhöhte Umgebungsstrahlung ist die Tatsache, daß diese Elemente über die Nahrungskette in den menschlichen Körper aufgenommen und dort angereichert werden. Da über das Maß dieser radioaktiven Belastung zur Zeit nur spekuliert werden kann, sind umfangreiche Messungen notwendig. Die Höhe der Radioaktivität ist von Region zu Region unterschiedlich. Repräsentative Untersuchungen an einigen wenigen Orten allein sind daher nicht ausreichend, um eine umfassende Kenntnis der Belastung der Bevölkerung zu erhalten.

2. Wie zahlreiche Beispiele gezeigt haben, kommt den unabhängigen Umweltinstituten und -organisationen (wie z.B. Öko-Institut Freiburg, IFEU Heidelberg, Wissenschaftsläden etc) bei der Aufklärung von Umweltschäden eine herausragende Bedeutung zu. Offizielle Stellen sind oft nicht in der Lage schnell und umfassend zu informieren. Zudem kann es dort aufgrund von Interessenverflechtungen zu einer Unterdrückung von Informationen kommen.

3. Die durch das im Herbst dieses Jahres in Betrieb gehende AKW Cattenom zu erwartende radioaktive Belastung des Südwestens der BRD sollte von unabhängigen Stellen überwacht werden. Hierzu müssen noch vor der Inbetriebnahme umfangreiche Nullpegelmessungen durchgeführt werden.

Die Notwendigkeit der Einrichtung einer Strahlenschutz-Meßstelle für die Region Rheinland-Pfalz/Saarland wird außerdem noch durch die Tatsache hervorgehoben, daß bisher keine solche Stelle in diesem Raum existiert.

Kosten und Betrieb der geplanten Meßstelle



Um genaue Aussagen über die an der Strahlung beteiligten Isotope machen zu können, planen wir die Anschaffung eines hochauflösenden γ -Reinstgermanium-Spektrometers, das durch Rechnerunterstützung eine schnelle und qualifizierte Auswertung ermöglicht.

Die Kosten für die Anschaffung betragen im Einzelnen :

- 20%-Reinstgermanium-Detektor	DM 35.000,--
- Vielkanalanalysator-Modul	DM 9.000,--
- Hochspannungsversorgung 5kV	DM 2.300,--
- Verstärkerelektronik	DM 4.700,--
- Mehrwertsteuer für diese Posten	DM 7.140,--
- Bleiabschirmung (Eigenbau)	ca. DM 6.000,--
- Rechner mit Peripherie	ca. DM 10.000,--
=> Gesamtsumme	ca. DM 75.000,--

Die Probennahme und -aufbereitung sowie die Messungen müssen von qualifiziertem Personal durchgeführt werden. Dem WiLaKL stehen ausgebildete Diplom-Biologen, -Chemiker und -Physiker für diese Aufgaben zur Verfügung.

Um die Kontinuität über einen größeren Zeitraum zu gewährleisten, wird zunächst ein Diplomphysiker für zwei Jahre eingestellt (ABM-Maßnahme).

Aus den aufgeführten Investitionen sowie den laufenden Betriebskosten ergibt sich ein Preis für eine Messung von ca. 50 bis 90 DM (abhängig von der Auslastung des Gerätes).

6 Saarbrücken Stadtzeitung

Redaktion
Herausgeberkreis

Liebe Netzwerker,

zur Bestreitung aktueller Prozesskosten sei ein Zuschuss beantragt in unbestimmter, will heissen, Euren Möglichkeiten entsprechender Höhe.

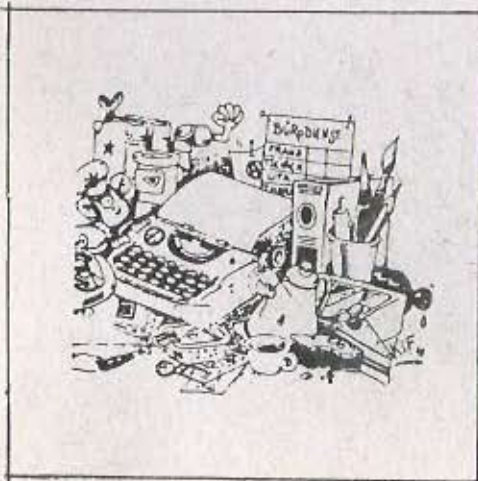
Unser Kostenmanko belaeuft sich auf DM 3113.58.

Einen gleichlautenden Antrag stellen wir auch an den 'Oekofonds', wobei wir davon ausgehen, dass zwischen beiden Institutionen eine Absprache stattfindet.

Antragsgruende:

Im April dieses Jahres veroeffentlichen wir eine kleine Industriereportage, geschrieben von einer Autorin, die zeitweise bei einer metallverarbeitenden Firma namens 'Sigwart' in Friedrichsthal beschaeftigt war.

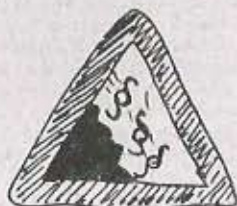
Er handelte von Mißstaenden, die den meisten Metallern wohlvertraut sind. Auch ich selbst dachte dabei eigentlich nur: Ach, das gibt's immer hoch.



Durch einen - zugegebenermassen schwer verzeihlichen - Uebersichtungsfehler wurde der Firmenname vertauscht: In Text und Bild erschien der Name der benachbarten Filiale des 'De Dietrich'-Schwermaschinenbaukonzerns.

Dessen Reaktion erschien reichlich unverhaeltnismaessig: Ohne ernsthaftere Versuche, uns auch nur zu kontaktieren, benutzte der Konzern ~~die~~ die Justiz, um die gesamte Auflage aus dem Verkehr zu ziehen.

Den Forderungen des Konzerns, der eine Rufschaeudigung bei seinem Eisenbahnwagonbau erlitten zu haben behauptete, kamen wir unverzuglich nach, auch dem etwas anruechigen Verlangen, eine von uns unterschriebene, jedoch vom Konzernanwalt verfasste 'Widerrufsanzeige' (mit unsaeuglicher Orthographie und Syntax!) auf unsere



Kosten in der 'SZ' zu veroeffentlichen. Die zierte sich uebrigens, bis ihr der Konzernanwalt die 'Authentizitaet' des Widerrufsghostwriters, also seine eigene, offenbarte.

Gegen die Kostenentscheidung wollten wir uns jedoch verwehren. Der Konzern haette ohne Inanspruchnahme der Gerichte sein vorgebliches Ziel, Wider- und Auflagenrueckruf, sogar schneller erreicht.

Denn der eigentliche Doltpunkt waren die Gerichtskosten, die sich nach dem sog. 'Streitwert' richten, den der Konzern auf astronomische 100000 Mark festsetzen liess. Nun ging es darum, ob der Konzern die Gerichte zu Recht oder Unrecht bemueht hatte. Der Justiz fiel es nicht ganz leicht, auch hier

ihre traditionellen Loyalitaeten zu wahren, doch schliesslich schaffte sie es und wir muessen bleichen.

Nun, den Vorwand fuer's Ganze lieferte immerhin unser Fehler: Die Namensverwechslung. Doch wie Konzern und Justiz die Gelegenheit wahrnahmen, hatte seine erfahrbare Auswirkung: Niemand traute sich in unserem Blatt bisher, den Namen der 'richtigen' Firma im Blatt auch nur zu nennen. Leistete der Konzern Nachbarschaftshilfe? Immerhin vermochte uns 'De Dietrich' Namen und Anschrift der Autorin, die dort niemals beschaeftigt war und die auch wir nicht benannt hatten, am Telefon komplett anzugeben. Ein Fall etwa fuer die Justiz?

Haha. Neben der fuer uns sonst nur schwer zu tragenden Kostenlast ist dies der Hauptgrund, weshalb wir uns bei derartigen Attacken des staatlich-industriellen Kartells an unsere Selbsthilfeorganisationen wenden.

Auch habe ich hier diese Begebenheit in einiger Ausfuehrlichkeit dargestellt. Sei es auch ein kleiner Beitrag zur derzeit laufenden Debatte, inwieweit staatliche Foerdermittel in die Arbeit unserer bislang autonom arbeitenden Selbsthilfeorganisationen, wie etwa Netzwerk, eingebunden werden sollen. Mir scheint es dringend geboten, auch kuenftig jene Toepfe, ueber deren Vergabe wir bisher lediglich uns selbst rechenschaftspflichtig sind, auch weiterhin als Zentralpunkt unserer Geldbeschaffungsaktivitaeten anzuse-



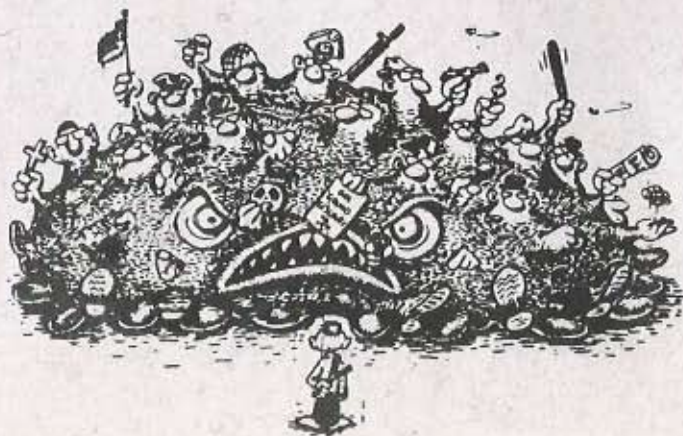
hen, um nicht Gefahr zu laufen, bei Vergabe von Mitteln, etwa im Rahmen politischer Auseinandersetzung oder sonstiger nichtgewerblicher Zusammenhaenge, gegenueber Staatsorganen in Rechtfertigungsdruck zu geraten oder auch schlicht ausgetrocknet zu werden.

Schlussbemerkung zum Antrag: Als Projekt sind wir nicht nennenswert verschuldet, leben jedoch quasi 'von der Hand in den Mund'. Mit Brecht: "Ein kleiner Schlag wirft ihn vollends um." So unser Appell auf Uebernahme eines moeglichst grossen Teils der uns aus dieser Sache entstandenen Kosten (siehe oben). Belege und Akten stehen jederzeit zur Verfuegung.

Mit solidarischem Gruss

(Pit Herbartz)

STADTZEITUNG SAARBUECKEN



... und dann ?

Blattlaus



Betrieb für Umweltschutzpapier u. ökologische Produkte

Netzwerk-Saar e.V.
Rotenbergstraße 33

6600 Saarbrücken

BLATTLAUS
Betrieb in Selbstverwaltung
Ludwigstr. 20 ☎ 48411
6600 Saarbrücken

Blattlaus

Betrieb in Selbstverwaltung
Mainzer Str. 5
6600 Saarbrücken
Tel.: (0681) 39 72 56

Bürostunden:
täglich von 11.00 bis 13.00 Uhr

01.10.86

Liebe Leute,

sicherlich interessiert es Euch wie es so mit uns weitergegangen ist und noch gehen wird.

Seit Juni hat sich bei uns einiges getan und nicht zuletzt dank ÖKO-FONDS und Netzwerk kamen wir wichtige Schritte nach vorn. Wir konnten die benötigte Schneidemaschine kaufen und 2 Tonnen Papier bestellen.

Auch konnten wir aus eigener Kraft unser Papierproduktelager erhöhen. Dieser Lagermindestbestand reicht für unseren momentanen Kundenstamm. Wir sind jedoch weiterhin bemüht über Gespräche mit Behörden und Verbänden den saarländischen Markt zu intensivieren, konnten so auch unseren Kundenstamm erweitern.

Ende des Jahres wird unser neuer Katalog erscheinen. Er wird eine Reihe neuer Artikel enthalten, so z.B.: Ordner, Schnellhefter, Schreibtischdiener....

In der Druckerei sieht es jetzt so aus, daß wir einige Papierprodukte selbst herstellen. (Blocks, Postkarten etc.)

Wir merken es geht voran und die Arbeit macht Spaß.

Bis bald

DIE BLATTLÄUSE

A. Helmut Weiß
BLATTLAUS
Betrieb in Selbstverwaltung
Ludwigstr. 20 ☎ 48411
6600 Saarbrücken



- BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT

Protokoll des Treffens der BAG-Koordinationsgruppe vom 12.-14.9.86 in Bremen

Da unser Treffen parallel zur Bremer Tagung "Finanzierungsinstrumente für selbstverwaltete Betriebe und Projekte" stattfand, konnten neben den Leuten aus dem engeren Koordinierungskreis (Michael und Thomas Netzwerk Bonn; Annegret und Günther NW-Bremen; Kurt NW-Franken; Franz-Josef NW-Berlin) auch Netzwerker/innen aus Kiel, Hamburg, Köln, Bodensee und Dortmund an der Runde teilnehmen.

Unsere Diskussion bewegte im wesentlichen drei Fragen:

- 1) die Frage der politischen Repräsentation und Interessenvertretung der Netzwerke durch die BAG bzw. eine zukünftige BAG-Geschäftsstelle
- 2) die Frage auf welchen Strukturen eine BAG überhaupt aufbauen kann
- 3) Aufgabenstellung einer BAG-Geschäftsstelle

Die Ergebnisse:

1) Die Frage welche politischen Interessen der Netzwerke die zukünftige BAG wie vertreten soll, war auf dem Düsseldorfer Bundestreffen die umstrittenste. Unserer Einschätzung nach wird eine BAG -(Geschäftsstelle) - selbst wenn wir sie dazu verdonnern würden - keine politische Abstinenz halten können. Der Druck von außen, Stellung zu nehmen, Position zu beziehen, wird so stark sein, daß sich die BAG dem nicht wird entziehen können. Warum auch? Das Ziel liegt ja gerade in einer neuen politischen Qualität, sonst könnten wir die BAG in der Form belassen, in der es sie jetzt bereits gibt, als Bundestreffen. Und der Düsseldorfer Gründungsbeschluß ist ja wohl so zu interpretieren, daß die Netzwerke durch eine BAG mehr politisches Gewicht gewinnen und sich stärker in politische Diskussionen einmischen sollen.

Wie soll dieses Sich-Einmischen passieren? Einig waren wir uns darin, daß die Grundlage der kleinste gemeinsame politische Nenner zwischen den beteiligten Netzwerken sein muß. (Welche Beteiligungsformen und Entscheidungsstrukturen es geben soll, haben wir vorerst noch offengelassen, weil dies abhängig ist von der Aufgabenstellung, die noch klarer bestimmt werden muß.) Einig waren wir uns aber auch darin, daß in der Praxis eine entscheidende Rolle der zukünftigen BAG-Geschäftsstelle zukommen wird.

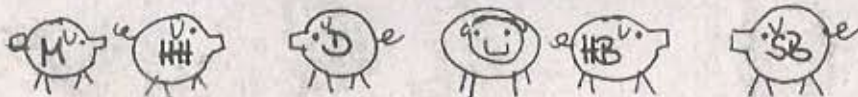
Wie kann diese an die Netzwerke politisch so angebunden werden, daß einerseits politische Alleingänge der Belegschaft ausgeschlossen sind, andererseits aber politische Handlungsfähigkeit erhalten bleibt? Dies führte uns zur Frage

2) auf welchen Strukturen die BAG aufbaut? Da Netzwerker/innen aus insgesamt 9 Netzwerken anwesend waren, konnten wir ein durchaus realistisches Bild der vorhandenen Strukturen nachzeichnen, welches leider zu wenig ermutigenden Ergebnissen führte. Wenn wir unsere Kräfte realistisch einschätzen, dann darf erstens die BAG keine zusätzliche Arbeit für die Netzwerke mitsichbringen, da die vorhandenen Kapazitäten bereits mit der jetzt zu leistenden Arbeit i.d.R. überfordert sind. Zweitens darf eine zukünftige BAG-Geschäftsstelle keine zusätzlichen Kosten für die Netzwerke bedeuten, und das Ganze muß drittens schließlich auch noch politisch kompromißfähig sein.

Wenn wir trotz dieser "Unmöglichkeiten" an der BAG-Idee festhalten wollen, dann - so schätzten wir in Bremen die Lage ein - dürfen wir uns von vornherein keine falschen Illusionen machen: das zukünftige BAG- Büro wird niemals 100%ig politisch zu kontrollieren sein. Im Gegenteil werden wir den dort arbeitenden einen politischen Handlungsspielraum zugestehen müssen, wenn die Netzwerke mit zusätzlicher Arbeit überfordert sind, gleichzeitig aber doch auch politisch was dabei rumkommen soll. Die einzig sinnvolle Verbindung zwischen beidem sahen wir darin, daß dieses Büro Aufgaben wahrzunehmen hat, die die Netzwerke in den Regionen unterstützen, und auf diese Weise lebendige Beziehungen zwischen Geschäftsstelle und Netzwerken hergestellt werden.

3) Aufgabenstellung bzw. Leistungsangebot einer zukünftigen BAG-Geschäftsstelle: Am Anfang wird von einer BAG-Geschäftsstelle wohl eine genaue Bestandsaufnahme zu machen sein, welche Netzwerke überhaupt in welchen Regionen in welchem Umfang aktiv sind. (Günter Dey vom NW-Bremen hat hier schon Vorarbeiten geleistet). Diese Bestandsaufnahme ist unserer Meinung nach auch deshalb wichtig, weil sich die verschiedenen Aspekte der Netzerkarbeit (Beratung, Finanzierung, Solidaritätsarbeit, Vernetzung usw.) in den verschiedenen Regionen unterschiedlich entwickelt haben, bzw. gleiche Entwicklungen in verschiedenen Netzwerken zeitversetzt ablaufen. Diese Bestandsaufnahme scheint uns unerläßlich zu sein, sowohl für eine realistische Einschätzung von uns selbst, wie auch für unsere Selbstverständigung und auch z.B. für gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit.

Darauf aufbauend soll die Geschäftsstelle eine Infrastruktur bereitstellen für Prozesse und Entwicklungen, aus denen Neues entsteht: Organisation des Austausches zwischen den Netzwerken (Bundestreffen), von Tagungen, Seminaren, und größeren Diskussionszusammenhänge, in denen Netzwerk betreffende Themen unter weitergehenden, gesellschaftspolitischen Perspektiven aufgearbeitet werden können.





Eine genauere Beschreibung der Aufgabenstellung der BAG-Geschäftsstelle wird von uns noch erarbeitet werden. Die Frage des Standorts haben wir offengelassen. Ebenso unglückt mußte die Frage der personellen Besetzung bleiben. Im Verlauf unserer Diskussion kamen wir aber immer wieder an den Punkt, daß all unsere Überlegungen für die Katz sind, wenn es nicht Leute gibt, die mit der offiziellen Gründung der BAG die Arbeit aufnehmen und "am Ball bleiben".

Nicht weniger unerlässlich schien uns die Klärung der Finanzierungsfrage. Nur wenn ein klares Finanzierungskonzept vorliegt, ist eine Geschäftsstelle und eine eventuell notwendig werdende Zwischenfinanzierung derselben durch die Netzwerke für diese überhaupt zumutbar. Die Finanzierungsfrage konnten wir in Bremen nicht weiter im-Detail besprechen, weil sie abhängig ist von der Organisationsform.

Angesichts dieser Vielzahl noch offener Fragen haben wir uns in Bremen entschlossen, die formelle, offizielle Gründung der BAG auf das Frühjahr zu verschieben. Selbst wenn wir in der Koordinationsgruppe - was aber längst nicht sicher ist - in der Lage wären, Lösungsvorschläge für die diversen Probleme zu entwickeln, so könnten diese bis November unmöglich in den einzelnen Netzwerken gründlich diskutiert werden. Außerdem sind wir entschlossen, den Gründungsakt für Öffentlichkeitsarbeit auszunutzen und aus Anlaß der Gründung eine Tagung zu veranstalten. Auch die Vorbereitung der Tagung kann unmöglich bis zum November geleistet werden. Was die Besetzung der Stelle(n) angeht, wären Annegret und Bolle aus Bremen, sowie Michael aus Bonn prinzipiell bereit, können ihre eigene Perspektive aber erst zum Frühjahr hin klären. (Andere Bewerber/innen sind natürlich herzlich willkommen!)

Deshalb soll im Frühjahr (März/April) gegründet werden, weniger schnell als geplant, aber gründlicher vorbereitet und hoffentlicher erfolgreicher. In den nächsten Wochen wollen wir die verschiedenen Tagungen benutzen, um mit euch - soweit Netzwerker/innen aus eure Netzwerk anwesend sind - weiterzudiskutieren. Die Koordinationsgruppe wird sich in den nächsten Wochen treffen, um in einem Planspiel die Aufgabenstellung der BAG-Geschäftsstelle durchzuspielen und zu konkretisieren. Ein Satzungsentwurf liegt zwar schon vor, ihn wollen wir aber auf der Grundlage der Ergebnisse des Planspiels noch einmal durcharbeiten. Wenn die Konturen der Organisationsform klarer sind, kann die Finanzierungsproblematik in Angriff genommen werden. Was die Tagung angeht, werden wir natürlich auch weiterüberlegen.

Sobald wir ein diskussionsreifes Konzept vorlegen können, werden wir uns wieder an euch wenden und euch mit der Bitte nerven, dies gründlich zu diskutieren.

ein neues FINANZWUNDER ?

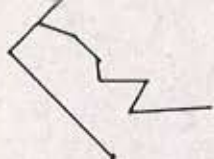
Seit nunmehr 1/2 Jahr gibt es sie schon, und sie kommt jetzt langsam aber sicher in Schwung. Hier einige Angaben (Stand: 30.10.86):

- Vermittelt wurden bisher Darlehen über insgesamt 38.000,-- DM.
- Kurz vor "Vertragsabschluß" stehen weitere Kredite über 11.000,-- DM.
- Potentielle Kreditgeber haben darüber hinaus noch 25.300,-- DM zur Verfügung.
- Insgesamt sind also im ersten halben Jahr 74.300,-- DM "in Bewegung geraten".
- Die Laufzeiten der vermittelten Darlehen schwanken zwischen 9 Monaten und 4 Jahren bei festen Laufzeiten. Außerdem wurden Darlehen mit unbestimmter Laufzeit und dreimonatiger Kündigungsfrist vermittelt.
- Die Zinsen bewegen sich zwischen 0 - 4 % , je nach Laune der Kreditgeber und Zahlungsbereitschaft der Betriebe.
- Die Kredithöhe schwankt zwischen 1.000,-- und 10.000,-- DM je Kreditgeber.
- In den meisten Fällen erfolgte die Absicherung über persönliche Bürgschaften; hier könnte die Berliner Haftungsassoziation (= Bürgschaftsverein der Berliner Kreditvermittlung) uns zu "ungeahnten Möglichkeiten" verhelfen, wenn wir uns daran beteiligen könnten und die Absicherung der Darlehen darüber erfolgen könnte.
- Die Kreditvermittlung wird zunehmend zur Umschuldung im Fremdkapital genutzt und die Betriebe verschaffen sich eine sinnvolle Fremdfinanzierung (für Profis: hier wird der Leverage-Effekt sinnvoll genutzt)

Alles in Allem waren die Erfahrungen bis heute durchaus positiv; auch neben den (notwendigen) Formalitäten haben viele Beteiligte dazugelernt im Umgang mit der sensiblen Ware Geld.

Viele haben bisher gezögert, sich an der Kreditvermittlung selbst zu beteiligen und haben erst mal abgewartet, ob das denn auch wirklich funktioniert. Auch die Betriebe kennen erst allmählich die sich bietenden neuen Finanzierungsmöglichkeiten. Da mit steigendem Bekanntheitsgrad auch die Anfragen der Betriebe sicher steigen werden, müssen wir die Anzahl der beteiligten Kreditgeber/innen noch erheblich erhöhen, um auch in Zukunft über die Kreditvermittlung Gelder für selbstverwaltete gewerbliche Betriebe im Saarland anbieten zu können.

Rolf



$$\sigma = \sum_{i=1}^n k(p-x)^2 = ?$$

$$\tau = \text{[pig drawing]} + \left(\frac{p}{2} - \sqrt{\frac{p-m}{2}} \right)^\sigma$$

STATISTIK

(und Ausblick in die Zukunft)

Nach zwei Stunden emsigen Wühlens in Ulrikes Karteien und Ordnern ist's jetzt klar: die saarländische Sau wird wieder zur rasenden Sau! Von 120 Mitgliedern im April 86 gings bergauf zu 151 Mitgliedern heute (Stand 28-10-86). Davon sind 29 Projekte und Initiativen sowie 122 Einzelmitglieder. Der durchschnittliche monatliche Beitrag beträgt z.Zt. 13,66 DM. Dies ergäbe (im Idealfall, d.h. wenn alle pünktlich zahlen und niemand austritt) ein Jahresvolumen von 24.751,92 DM.

Wenn unsere neuen Falbblätter - vielleicht sind sie der einen oder dem anderen von euch schon mal zwischen die Finger gekommen - den erhofften Erfolg haben, könnten wir unser selbstgesetztes Ziel erreichen, im nächsten Jahr etwa 30.000,-DM Mitgliedsbeiträge zur Verfügung zu haben. Es sollte doch noch genügend Menschen mit Ansprüchen nach Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse geben, um unsere Basis weiter schwungvoll verbreitern zu können. Wer also in ihrem/seinen Bekanntenkreis die Werbetrommel rühren will, kann sich im Netzwerkbüro mit entsprechendem Material (Falbblätter, Aufkleber, ...) eindecken. Für das 200-ste Mitglied werden wir uns jedenfalls was einfallen lassen (muß ja nicht gerade eine Weltreise sein).

Ein Blick auf die Anträge zur Vollversammlung macht deutlich, wie wichtig es auch heute und in Zukunft ist, einen autonomen Finanzierungstopf zu haben, um Projekten helfen zu können, die keine Chance auf öffentliche Gelder haben und wichtiger sind denn je.

Rolf *Rolf*



MITGLIEDER WERBEN

. MITGLIEDER WERBEN

Selbsthilfe tut Not!



BEITRITTSERKLÄRUNG

(auch verwendbar bei Adressenänderung)

Ich trete dem NETZWERK SELBSTHILFE SAAR e.V. ab bei.

Name:.....

Straße:.....

PLZ Ort:.....

Mein Beitrag beträgt monatlich DM.....,--(ab 5DM aufwärts)

Ich überweise ihn (wenn möglich per Dauerauftrag)

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich

auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr.: 261 42 - 660 ,BLZ 59010066
NETZWERK SELBSTHILFE SAAR e.V.

Datum:.....

Unterschrift:.....

Beitrittserklärungen bitte schicken an:NETZWERK SELBSTHILFE SAAR e.V.,
Rotenbergstr.33,6600Saarbrücken,Tel.:0681/371502

Richtsätze

Schüler, Studenten, Arbeitslose:	5 DM	monatlich
Einkommen bis 1000 DM	:10 DM	"
" bis 1500 DM	:15 DM	"
" bis 2000 DM	:20 DM	"
und so weiter		

6. SCHEUE DICH NICHT, VORÜBERGEHEND DEN BODEN UNTER DEN FÜSSEN ZU VERLIEREN...



ICH BIN AUSGESTIEGEN

7. LASS DICH VON SENKRECHTAUSSTIEGERN NICHT VERWIRREN...



DA GEHT'S LANG

NEIN DA

8. BLEIBE COOL IM KOLLEKTIV



9. LASS DICH NICHT AUSBEUTEN, BEUTE DICH SELBST AUS...

EINE GEHALTSERHÖHUNG KANN ICH MIR LEIDER NICHT BEWILLIGEN, DAS BIN ICH MIR NICHT WERT



10. JEDER HAT DAS ZEUG EIN HOCHDEKORIERTES MITGLIED DER ALTERNATIVSCENE ZU WERDEN

